im allgemeinen den "Objektiven" spielt und sich "natürlich" nur von "humanitären Erwägungen leiten läßt. Die offene faschistische, antipakistanische und antichinesische Kriegshetze aber überläßt man gern und freudig der "K"PÖ-Führung und ihrer Volksstimme, diesen Taglöhnern der Moskauer Sozialimperialisten.

Es muß allen klar sein, daß der Kriegsbrand in Süd-Ost-Asien, sollte die indisch - russische Aggression nicht rechtzeitig abgestoppt werden, zum Weltbrand werden könnte, in dem Österreich, "dank" der proimperialistischen Politik unserer Bourgeoisie und ihrer revisionistischen Kriegshetzer unweigerlich hineingezogen werden würde.

Man möge uns nicht mißverstehen: Wir als Marxisten-Leninisten, wir als Revolutionäre haben immer wieder erklärt und erklären es diesmal noch einmal: Wir sind keine pazifistischen Angsthasen. Wir wissen, daß ein neuer Weltkrieg mit der Weltrevolution enden würde. Wir wissen aber, welches unsagbare Leid und welche Zerstörungen ein neuer Weltkrieg mit sich bringen würde und uns ist der Gedanke unerträglich, daß eines Tages auch Österreicher für "Bangla-Desch", d.h. für den Imperialismus sterben müßten.

Wir wenden uns daher an alle Österreicher, insbesonders aber an alle linken und fortschrittlichen Kreise in unserem Land: Laßt euch nicht durch die imperialistische "Bangla-Desch"-Propaganda verwirren und manipulieren!

Wir fordern alle unsere Genossen und Freunde auf, die Menschen über den wahren Sachverhalt der Ereignisse am indischen Subkontinent aufzuklären. Fallt den als Kommunisten getarnten Kriegshetzern im Dienste der Moskauer Sozialimperialisten in den Arm! Stehen wir alle zusammen im Kampf gegen Imperialismus und imperialistischer Kriegsgefahr!

Wien, 10.12.1971

Ein zweites „Bangla Desh"?

Es wird gegen die zentrale Staatsverwaltung demonstriert, man verlangt Autonomie und Souveränität und Autonomie. Die Regierung nennt diese Leute Nationalisten, die von außen gelenkt sind. Wo, in Pakistan? - Nein! In einem europäischen Land, dazu noch an den Grenzen Österreichs: In Jugoslawien, genauer im jugoslawischen Teilstaat Kroatien.

Wir wissen, daß Jugoslawien, das Land, das den zweifelhaften Ruhm für sich beanspruchen kann als erstes den revisionistischen Weg zurück zum Kapitalismus genommen zu haben, sich in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise befindet - als Folge eben dieses Revisionismus. Das rief die Imperialisten in Ost und West samt ihren Lakaien auf den Plan, sich dieses Staates, wenn schon nicht ganz, so doch teilweise zu bemächtigen. So gibt es eine "mazedonische Frage" an der bulgarischen Grenze und eben eine "kroatische Frage".

Wenn sich nun das sozialimperialistische Sprachrohr in Österreich die "Volksstimme" aufregt und so tut als ob sie über die "chauvinistischen Umtriebe" in Kroatien besorgt sei, so ist das nichts als Heuchelei. Die Querverbindungen der russischen Sozialimperialisten zu den faschistischen Exilkroaten sind zu sehr bekannt.

Was hier gespielt wird, ist ganz einfach ein neues "Bangla Desh". Und zwar als Duett USA mit Rußland und dem Ziel, Jugoslawien zu zerschlagen. Dabei soll Kroatien, Slowenien zum "Westen" fallen und der Rest zum "Osten". Gegen diese verbrecherischen imperialistischen Pläne steht Jugoslawien in schweren Abwehrkampf. - Genauso wie wir Pakistan im Kampf gegen den Imperialismus unterstützen, trotzdem wir dessen Sozialstruktur ablehnen, genauso stehen wir auf Seite Jugoslawiens in seinem Kampf um nationale Integrität und Unabhängigkeit!

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

VRA **Für die VOLKSMACHT**

Früher: „Der Kommunist"

Nummer 58
Dezember 1971

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

Kreisky an der Macht — der Unternehmer lacht!

DAS MODERNE ÖSTERREICH BRAUCHT DIE REGIERUNG KREISKY. DENN DER ARBEITENDE ÖSTERREICHER SOLL AUF "MODERNE" ART GESCHRÖPFT WERDEN!



ARBEITER, ERKENNT EURE KRAFT

AUF VERSTÄRKTE AUSBEUTUNG UND LOHNRAUB GIBT ES NUR EINE ANTWORT:
ENTSCHLOSSENER KAMPF UM MEHR LOHN!

GEGEN DIE "SOZIALISTISCH" GETARNTE KAPITALSDIKTATUR!

FÜR DIE ARBEITERMACHT!

ENTSCHLOSSENER LOHNKAMPF, DIE RICHTIGE ANTWORT AN AUSBEUTER UND PREISTREIBER!

Bestimmt hat es noch viele Arbeiter gegeben, die vor der Wahl glaubten, daß Kreisky nun endlich die Interessen der Arbeiter vor die der Unternehmer stellen würde.

Wie sehen nach kürzester Zeit die Tatsachen aus?

Hat sich etwas geändert?

Herrschen nun nicht mehr die Unternehmer?

Wahr ist, daß Kreisky außer schönen Worten nichts für die Arbeiter hat. Und das ist kein Zufall. Denn zu sehr sind ja die "sozialistischen" Bonzen mit den Geldsäcken verbunden. Die SPÖ ist keine Arbeiterpartei. Sie vertritt wie alle anderen Parteien (einschließlich der "K"PÖ, die ihre ehemals revolutionären Ideen längst über Bord geworfen hat), die Interessen des Kapitals, und diese Interessen sind denen der arbeitenden Menschen entgegengesetzt.

DIE PREISE STEIGEN UNUNTERBROCHEN DIE PROFITE DER UNTERNEHMER EBENSO!

Nur die Löhne der Arbeiter bleiben gleich oder werden höchstens lächerlich erhöht.

So sieht der "soziale Friede" aus!!

Die Gewerkschaft besänftigt durch ihre Bonzen die Arbeiter, statt Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu sein. Sie tut alles, um zu verhindern, daß wir wie unsere Kollegen in ganz Europa um höhere Löhne streiken.

Alle die sogenannten Arbeitervertreter mit ihren schönen Versprechungen dienen einem Ziel: die Reichen immer reicher zu machen und die Arbeiter zu besänftigen und einzulullen.

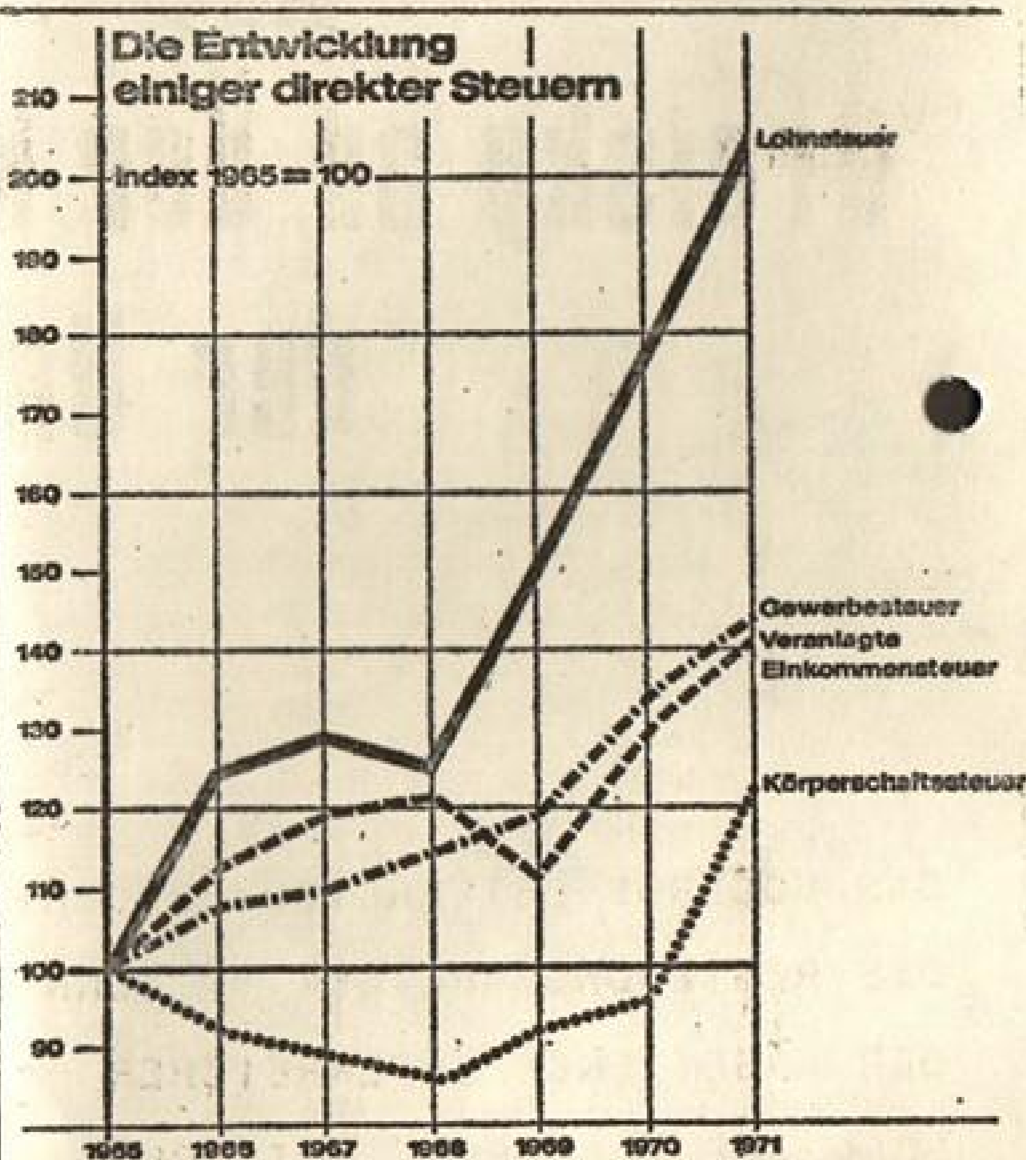
An den Maschinen stehen die arbeitenden Menschen. Alle Werte dieser Erde werden von ihnen erzeugt und nicht von den hohen Politikern oder den Kapitalisten!

Soll es immer so sein, daß eine kleine Minderheit sich durch unsere Arbeit bereichert?

WIR SAGEN: NEIN!

In der Macht der Arbeiter liegt es, dies alles zu beseitigen.

Wir Arbeiter müssen uns organisieren und gestützt auf unsere eigene Kraft für unsere wirklichen Interessen kämpfen!



Mehr als genug sagt diese Aufstellung über das kapitalistische Steuersystem aus. Mit aller Deutlichkeit wird sichtbar, wie der Staat als Gesamtkapitalist einen immer größeren Teil des Arbeitslohnes in seine Taschen steckt. Die unnützen Schmarotzer und Parasiten zahlen im Verhältnis zu ihren Riesengewinnen immer weniger Steuer. Dabei ist es i h r Staat, der Staat der Reichen, dessen Polizei und Militär, dessen Justiz und Bürokratie die Lohnsklaverei aufrecht hält. Würde ein Straßenräuber sein edles Handwerk damit begründen, daß seine Bande zu klein oder sein Waffenlager zu bescheiden sei, ließe sich deswegen auch niemand beschwatzen, seiner Ausplünderung ruhig zuzusehen. Haben wir Arbeiter vielleicht einen Grund, uns die Früchte unserer Arbeit von den Multimillionären und ihrem Staat nehmen zu lassen?

Wir werden zu einer politischen Kraft im "Ländle"

(Aus dem Bericht der Vorarlberger Landesgruppe auf der gesamtösterreichischen Beratung der VRA über die Kampagne für aktiven Wahlboykott)

Infolge der Größenordnung Vorarlbergs (ca. 130.000 Wahlberechtigte) war es uns möglich, mit den verfügbaren Kräften so gut wie das ganze Land ziemlich gründlich zu bearbeiten. Doch gibt es eine Besonderheit: Unsere Kräfte sind vor allem im Unterland - also im Raum von Bregenz bis Feldkirch - konzentriert. Dagegen gibt es im Oberland - das ist der Raum Bludenz bis ins Montafon - zwar Leser unserer Zeitungen und Sympathisierende, aber wir sind dort noch nicht so stark verankert, wobei ja auch die Probleme der Entfernung, der Zufahrtwege usw. eine Rolle Spielen. Dementsprechend haben wir auch unsere Aktion zum Wahlboykott aufgebaut: Wir hatten beschlossen, 1. unsere Materialien an alle Genossen, Leser und Kontaktadressen im ganzen Bundesland zu versenden, 2. in den Städten und Ortschaften des Unterlands eine intensive Massenagitation mittels Flugblätter, Plakate usw. durchzuführen.

Zur Vorbereitung der Kampagne hatten wir eine Versammlung mit rund 30 Teilnehmern. Wir haben da die ganze Frage des aktiven Wahlboykotts vom politischen Standpunkt auf eine sehr umfassende und gründliche Weise durchdiskutiert, wobei in der Diskussion durch Beispiele und Analysen die Richtigkeit unserer Stellung zu den Nationalratswahlen bestätigt wurde. Sodann wurde ein genauer Plan für die konkreten Aktionen in den einzelnen Orten ausgearbeitet. Alles das wurde 100-prozentig durchgeführt.

In Lochau, Hörbranz, Hard, Lauterach, Fußach, Feldkirch, Dornbirn, Bregenz und anderen Orten wurden vor allem die Arbeitersiedlungen mit Flugzetteln belegt. In manchen dieser Orte waren überdies zahlreiche unserer Plakate angeschlagen; wenn man durch den Raum Bregenz-Dornbirn-Lustenau fährt, sieht man heute noch überall diese Plakate, und zwar an Stellen, wo Hunderte und Tausende Menschen täglich vorübergehen. Außerdem kann man auch an manchen gut sichtbaren Stellen revolutionäre Losungen (wie: "Kampf dem Ausbeutersystem!" und "Kapitalismus führt zu Faschismus") sehen, die gemalt wurden. Das wichtigste war die Flugblattverteilung in den Arbeitersiedlungen und Wohnbezirken, wobei unsere Genossen buchstäblich von Tür zu Tür gingen und oft mit den Menschen persönlich sprachen. Es gab aber auch sehr erfolgreiche Flugblattaktionen auf öffentlichen Plätzen, so vor dem Bahnhof in Feldkirch (siehe "Für die Volksmacht", Nr. 56) und insbesondere vor einem Großbetrieb in Dornbirn.

Wir haben auch andere Möglichkeiten ausgenützt, um mit unserem Agitationsmaterial an breite Schichten heranzukommen. Unsere Aktivisten waren da sehr erfinderisch. Der Einsatz aller unserer Genossen war vorbildlich! Wir haben noch nie so viel Material zur Verfügung gehabt, das auch restlos ausgenützt wurde. Und wir haben auch noch nie in solchem Ausmaß die Kräfte gehabt, die das gemacht haben.

Wie war nun die Reaktion auf diese unsere Aktivität?

Einerseits konnten wir feststellen, daß die Menschen im allgemeinen unserer Agitation und Argumentation gegenüber recht aufgeschlossen waren. Wir haben mit einer Menge Leute gesprochen, und es gab interessante spontane Reaktionen, besonders bei der Flugblattverteilung vor Betrieben. Die instinktive Ablehnung des Wahlschwindels zeigt sich z. B. darin, daß Leute, denen wir unser Flugblatt anboten, verärgert ausriefen: "Also schon wieder etwas für die Wahlen!". Als wir ihnen erklärten, daß wir gegen diese "Scheißwahlen" (wie man sich bei uns draußen ausdrückt) sind, waren wir für die Leute sofort interessant. Oder z.B. in einer Arbeitersiedlung: Da hat uns eine Frau die Tür geöffnet und gefragt: "Was, schon wieder was über die Wahl?" Als wir ihr klarmachten, daß wir gegen diese Wahlen sind, sagte sie: "Ja, es ist sowieso am besten, wenn man diese ganzen Lumpen nicht wählt! Warten Sie, ich hole die Nachbarin, die soll's

auch hören." Und so gab es bald eine kleine Versammlung, und wir führten, obwohl wir doch nicht viel Zeit hatten, eine sehr ergiebige Diskussion durch. Solche Dinge hat jeder Genosse von uns erlebt.

Ein Genosse hat hier sehr richtig gesagt, daß Wahlenthaltung oder Abgabe ungültiger Stimmzettel für Menschen, die unzufrieden sind, nichts Neues ist, es für sie aber neu ist, daß es eine Organisation gibt, die offen für den Wahlboykott eintritt und ihnen sagt, was ihrer eigenen Meinung entspricht. Wir tun also nichts anderes, als die instinktiv richtige Haltung der arbeitenden Menschen mit der Ideologie zu verbinden. Das ist es eben, was wir immer sagen: "Aus den Massen schöpfen, in die Massen tragen." Die vorhandene Massenstimmung haben wir eben in der politisch richtigen Formulierung und agitatorisch wirksamen Form wieder in die Massen hineinzutragen. Deshalb sagen wir ja: aktiver Wahlboykott! Und wir haben bei den bewußtesten Menschen das entsprechende Echo gefunden.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist folgende Zuschrift, die wir erhalten haben: "Genossen! Eure Sondernummer 'Für die Volksmacht', September 1971, klaubte ich von der Straße auf. Das schmälerte nichts, beschönigte nichts. Nun gab der Fund mir Anlaß zur Beruhigung: Es gibt also Leute, die das Parlamentsspiel satthaben. Um die Sache geht es also und nicht um Spiel. Wäre es Euch, Genossen, möglich, mir unverbindlich je ein Exemplar der 'Volksmacht' und der 'roten garde' zu senden? Hier meine Adresse...." Allein schon auf Grund dieser Zuschrift können wir uns vorstellen, wieviel Diskussion es über unser Material gegeben haben muß. Es schwingt sich doch nicht jeder dazu auf, uns zu schreiben. Wir sehen, daß die Saat, die wir legen, letzten Endes aufgeht.

Daher auch auf der anderen Seite die umgekehrten Reaktionen unserer Gegner. Wir haben es schon früher erlebt und sahen es nun wieder: Wann immer wir Aktionen machen, werden wir von der gesamten Reaktion angegriffen - von der Gendarmerie bis zu den Revisionisten.

Noch nie sind wir vor allem von den Revisionisten so heftig bekämpft worden wie diesmal. Sie schickten uns anonyme Briefe, beschimpften uns, versuchten vergeblich, in unseren Reihen Verwirrung zu stiften. Das ist auch erklärlich, wenn man das heutige Kräfteverhältnis betrachtet. Alles, was wirklich aktiv in der KPÖ war, ist jetzt bei uns. Die älteren Kommunisten, die nicht mehr von den Revisionisten wegzubringen sind, geben uns, wenn wir mit ihnen persönlich sprechen, recht. Es gibt in der heutigen "K"PÖ in Vorarlberg außer zwei hauptberuflich Angestellten, die durch "positive Berichte" nach Wien irgendwie ihre ansehnlichen Gehälter rechtfertigen müssen, nur noch drei bis vier Personen, die irgendwie aktiv sind. Hinsichtlich der Zahl der Aktivisten sind wir bereits bedeutend stärker als sie, und an Sympathisierenden haben sie auch weniger als wir. Daß dabei das Bewußtsein unserer Genossen ein weit höheres ist, daß unsere Linie eben richtig ist, das beweist sich ständig in der Praxis. Politisch sind wir in Vorarlberg weitaus stärker als die Revisionisten! Umsomehr haben sie daher unsere Wahlboykottarbeit gefürchtet. Die Revisionisten merken unsere zunehmende Kraftentfaltung, unsere immer stärkere politische Wirksamkeit, besonders unter den jungen Menschen, und deshalb bekämpfen sie uns so wütend.

Und was war die Folge? Wenn die "K"PÖ in ganz Vorarlberg rund 200 Stimmen mehr bekommen hat, so ist das nicht verwunderlich. Es wurde schon im Einleitungsreferat zu diesem Tagesordnungspunkt auf ihre Rolle als gewisses Auffangbecken für linksgerichtete Arbeiter verwiesen. Auch wir haben uns mit solchen Ansichten, daß die Revisionisten eine Art "Alternative" zur SPÖ wären, auseinandersetzen müssen. Wenn man aber die Gesamtsituation überschaut, so ist ihr Stimmenzuwachs bedeutend geringer als der Zuwachs an Wahlboykottierern (Wahlenthaltungen und ungültige Stimmen), der wie sich eindeutig zeigt, vornehmlich durch unsere Agitation bewirkt wurde.

In Vorarlberg haben insgesamt etwa 12.000 Wahlberechtigte nicht gewählt oder ungültig gestimmt. Es gab insgesamt ca. 3.500 ungültig gemachte Stimmzettel - um 800 mehr als bei der letzten NR-Wahl! Und es zeigt sich, daß der Wahlzwang auch nicht mehr verfängt, daß mehr als 8.000 Menschen nicht zur Wahl gegangen sind, trotz angedrohter hoher Strafen!

Wir haben nicht feststellen können, wie sich unser Einfluß auf die Zahl der Nichtwähler auswirkte. Wir haben jedoch an Hand der Ergebnisse in den einzelnen Orten analysiert, wo die Zahl der ungültig gemachten Stimmzettel konzentrierter ist. Und da gibt es folgende interessante Beispiele:

Bregenz: Bei der NR-Wahl 1970 waren es 198 ungültige Stimmen, heuer 252. Hard: früher 114, jetzt 128. Lauerach: früher 57, jetzt 72. Lochau: früher 30, jetzt 50. Dornbirn (das wir diesmal besonders massiv bearbeitet haben): früher 360, jetzt 513. Lustenau: früher 165, jetzt 210. Feldkirch (auch dort haben die Genossen ihre Sache sehr gut gemacht!): früher 154, jetzt 315 (also mehr als verdoppelt!). Diese Statistik könnte man auf alle Orte im Unterland ausdehnen.

Sehen wir uns aber jetzt die Resultate im Oberland an: Vandans (das ist noch ein kleiner Stützpunkt der Revisionisten): früher 27, jetzt 8 ungültige Stimmen. Bludenz: früher 99, jetzt 102. Tschagguns: früher 18, jetzt 16. Schruns: früher 45, jetzt 49. Nenzing: früher 43, jetzt 34. Wir sehen, daß im Oberland in der Regel die Zahl der ungültigen Stimmen zurückgegangen ist; wo sie sich geringfügig erhöht hat, steht das in keinem Verhältnis zu der Entwicklung im Unterland.

Dort, wo wir nicht hingekommen sind, ist also das Bild gegenüber den Orten, wo wir aktiv für den Wahlboykott agitiert haben, genau umgekehrt!

Wir wollen nicht überheblich sein und alle diese Resultate allein unserer Aktivität zuschreiben. Aber das, was wir schwarz auf weiß vor uns haben, ist doch nicht von der Hand zu weisen. Eines ist sicher: Seit wir in Vorarlberg auftreten und konsequent unseren Weg gehen, wird die Zahl der Wahlboykottierer immer höher.

Die herrschende Klasse gibt sich darüber sehr wohl Rechenschaft. Die "Vorarlberger Nachrichten" - praktisch die einzige Tageszeitung im "Ländle" - schrieben wörtlich: "Man wird in Vorarlberg die Situation gründlich überdenken müssen, auch hinsichtlich der Abstinenz der Wähler, die unter 94 Prozent gesunken sind - trotz Wahlpflicht! - und der vielen ungültig Wählenden. Sechs Prozent der Wähler sind kaum krank, verreist oder Wahlkartenwähler. Der Sonderfall Vorarlberg müßte seine Konsequenzen haben." Ähnlich äußerte sich ihr Chefredakteur im Fernsehen.

Der Gegner nennt uns zwar nicht beim Namen, aber er kennt unsere Kraft und bekämpft uns von allen Seiten. Das bestätigt doch nur, daß wir auf dem richtigen Weg sind!

All dies zeigt, daß sich ein konsequenter Einsatz lohnt, daß er Früchte bringt. Es zeigt, daß die VRA in weiten Bevölkerungskreisen, vor allem in der Jugend, an Popularität gewinnt, daß wir zu einer politischen Kraft im "Ländle" werden!

Für die sozialistische Revolution in Österreich

Grundsatzerklärung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

PREIS S 7,50, FÜR ABONNENTEN S 5,00.

DIE LESER SCHREIBEN

Weiterhin China-Ausstellungen durchführen!

Die Ausstellung mit dem Titel "Volks-China im Aufbau", die die VRA veranstaltete, war von großer politischer Bedeutung. Das beweist nicht nur der große Andrang der Besucher, die mit dem Gedankengut Mao Tsetungs konfrontiert wurden, sondern auch das rege Interesse an chinesischer Literatur.

Ferner bewies diese Ausstellung, daß das österreichische Volk das kapitalistische System, das mit dem Deckmantel der "Demokratie" sein Unwesen treibt, immer mehr durchschaut. Und die "Insel der Glückseligkeit", wie der Papst die österreichische Nation bezeichnete, wird erkannt was sie ist: Ein Opfer der internationalen imperialistischen Profitgier, die Österreich in ein halbkoloniales Land verwandelte.

Mit dieser Ausstellung hat die VRA dem österreichischen Volk die Leistungen der chinesischen Menschen bedeutend nähergebracht. Es ist meiner Ansicht nach notwendig, weiterhin auch solche Veranstaltungen zu arrangieren, damit die Verbindung mit den arbeitenden Massen weiter ausgebaut und verstärkt wird.

K. E. Wien

Ein junges Mitglied schreibt an ihre Freunde in der Heimatstadt.

Ich danke Dir für die Bilder, welche Du mir geschickt hast. In meinem letzten Brief, wie Dir ja bekannt sein wird, habe ich bedauert, daß ich in Wien bin. Du weißt ja, ich darf mir keine Dummheiten leisten.

Vergangene Woche war in meinem Wohnbezirk eine Ausstellung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs(M-L) über China. Ich denke, daß Dir das etwas sagen wird, ich glaube sogar, daß Du diese Organisation schon kennst. Nun, ich habe mir diese Ausstellung angesehen und war sehr zufrieden. Auch kam ich mit diesen Leuten ins Gespräch. Das Endergebnis lautet, daß ich mich bereit erklärt habe, in dieser Gruppe mitzuarbeiten.

Wahrscheinlich bin ich deshalb so begeistert davon, weil ich denke, daß diese Gruppe keine Halbheiten macht. Das ist wirklich eine Organisation und nicht so ein lahmer Verein, wie wir es gegen Sommer immer ärger geworden sind. Wie geht es Dir jetzt mit den verschiedenen Gruppen unten? Macht ihr noch echte politische Arbeit oder sind das mehr oder weniger nur mehr Sympathietreffen?

Die VRA wäre sehr daran interessiert bei euch Fuß zu fassen. Zuerst einmal die Frage ob Du ein Lokal für Ausstellungen, wenn ein's gebraucht wird, besorgen könntest? Es sollte womöglich eine Auslage haben. Was würdest Du davon halten, wenn bei euch solch eine Organisation entstehen würde? Wenn sie aktiv arbeiten und die Ideen des Marxismus-Leninismus im ganzen Bundesland verbreiten würde? Auch Du selbst weißt nur zu gut, daß unsere Stärke in der Masse liegt.

Als Beilage schicke ich Dir die Grundsatzerklärung und zwei Flugblätter. Ich kann Dir folgendes nahelegen: Arbeite dieses Büchlein durch , damit Du siehst, wie hier gedacht wird. Wenn Du mit Dir einig wirst, dann rede mit den anderen, von denen Du halt erwarten kannst, daß sie wirklich aktiv mitarbeiten wollen. Wenn das geschehen ist, bitte ich Dich zurückzuschreiben. Aber sicher! Wir werden dann einen Termin ausmachen und hinunterfahren, um alles zu besprechen. Es würde mich sehr freuen, wenn dies gelingen würde. Wir müssen doch einmal zu einer Einheit kommen, sonst zieht sich dieser Prozeß noch um einiges hinaus. Ich denke schon, Du nicht?

Ich kann Dir sagen, daß ich mich ganz anders fühle. Wahrscheinlich deshalb, weil ich nun so glaube ich, den richtigen Anschluß habe. Ich habe Bestätigung gefunden, daß mein Denken richtig ist. Glaube mir, das hilft mir viel.

Ich wünschte, ich habe Dir einen Vorschlag gemacht, den Du gerne annehmen wirst.

G.L. Wien

AUF EINEM AST

Ein sehr aufschlußreiches Interview gab der Direktor der in Frankfurt/Main neugegründeten russischen Ost-West-Handelsbank, Duborossow, dem westdeutschen Magazin "Spiegel". Darin erklärte der russische Manager, daß die Sowjetunion an der Stabilität des westlichen Währungssystems interessiert sei, denn die derzeitige Unsicherheit wirke sich auch negativ auf die russischen Banken in Westeuropa aus, genauso wie auf jedes andere Bankinstitut. Womit der Herr Bankier klargestellt hat, daß die sowjetrevisionistischen Bankiers mit ihren "Kollegen" aus der westlichen Welt auf einem Ast sitzen, auf dem kapitalistischen nämlich.

WAS DER "GROSSE DEUTSCHE" ZULÄSST

Neuerdings - seit der Verleihung des Friedensnobelpreises - ist der deutsche Bundeskanzler Brandt in die Reihe der "großen Deutschen" aufgerückt. Nun, von denen haben die Völker ja genug zu spüren bekommen.

In Deutschland des Willy Brandt streiken jetzt mehr als 100.000 Metallarbeiter zur Durchsetzung ihrer berechtigten Lohnforderungen. Sie spüren nicht nur die enorme Inflation, sondern auch die verschärfte Antreiberei in den Betrieben. Weil die Monopolkapitalisten aber den Lohnempfängern zeigen wollen, wer der Herr im Haus ist, wollen sie die Arbeiter aus den Metallbetrieben mit mehr als 100 Beschäftigten ganz einfach aussperren.

BLICKPUNKTE

Und was macht der "große Deutsche"? Er schreibt den Arbeitern durch seinen Wirtschaftsminister zwar vor, wieviel sie verlangen dürfen - was natürlich viel zu wenig ist - verliert aber kein Wort über die Scharfmacherei der Kapitalistenbosse. So demonstriert er deutlich, was er und seinesgleichen - wie unser Dr. Kreisky - unter "Sozialdemokratie" versteht. Uns wundert das nicht, wir kennen sie ja, diese Durchführer kapitalistisch-imperialistischer Politik. Wenn die breiten Arbeitermassen diese Herrschaften aber einmal durchschaut haben - und in Westdeutschland kommt es immer mehr dazu - werden sie sich noch wundern.

KREISKY KONTRA GENERALE?

Die Wellen schlagen nach wie vor hoch um's Bundesheer. Was auch verständlich ist, will doch die herrschende Kapitalistenklasse ihr Machtmittel gegenüber dem arbeitenden Volk jederzeit schlagkräftig wissen. Und so melden sich einerseits immer wieder einige übereifrige Kapitalistenknechte zu Wort z. B. mit der Forderung nach einem Berufsheer. Das paßt den Herrschaften natürlich nicht in den Kram, weckt doch dieser Begriff in der Arbeiterschaftdie Erinnerung an den Februar 1934. Andererseits wollen die Herren vom Offizierskorps dokumentieren, daß auf sie unbedingt Verlaß ist - die "zornigen jungen Offiziere" in Indonesien oder die "Obersten" in Griechenland kommen uns da unwillkürlich in den Sinn - und sie geben kund, daß sie nicht "länger schweigen" könnten. Womit sie Stellung beziehen gegen den sogenannten "Maulkorberlaß" von Minister Lütgendorf . Das wieder gibt Kreisky und Lütgendorf Gelegenheit dagegen zu polemisieren, und sich dem Volk gegenüber das "demokratische" Mäntelchen anzuziehen. Was der Hauptzweck dieser ganzen Angelegenheit ist. Denn in Wirklichkeit arbeiten die Herrschaften alle zusammen, um das Bundesheer schlagkräftig wie nur möglich zu machen - gegen das Volk!

AUS BETRIEBEN BERICHTET

Diese Rubrik bringt Informationen aus den Betrieben. Dazu ist es aber notwendig, dass alle aktiv mitarbeiten. Bitte liefert uns Beiträge!

EMPÖRUNG ÜBER NEUE GEWERKSCHAFTSBEITRÄGE

Ende November wurde in einem Wiener Speditionsbetrieb die neue Beitragstabelle des ÖGB bekanntgegeben. Bei der Durchsicht fällt zuerst auf: Die Kopplung der vom ÖGB-Bundesvorstand beschlossenen sogenannten "Freizeitversicherung" mit der sogenannten "Beitragswahrheit" ergibt für die Gewerkschaftsmitglieder in diesem Betrieb eine Beitragserhöhung von durchschnittlich 50 Prozent, bei Kranken, Arbeitslosen und Pensionisten sogar von 100 Prozent!

Kaum war dies den Kollegen klargeworden, als sie sich alle sofort zu einem Protest zusammenfanden. "Wer hat uns gefragt?" das war das Erste, was jeder auf der Zunge hatte. Sogar die Betriebsräte waren von diesem Beschluß überrumpelt worden. Ist das die gerühmte "Demokratie", die wir in der Gewerkschaft haben sollen? Ist das die angepriesene "Mitbestimmung", für die wir kämpfen sollen? So fragten sich die Kollegen.

Die Gewerkschaftsbosse behaupten, mit der "Freizeitversicherung" würde für die Mitglieder angeblich "mehr geleistet", was die Beitragserhöhung rechtfertigen würde. Das ist genauso, wie z.B. die Erhöhung des Milchpreises seinerzeit mit einer Änderung der Verpackung gerechtfertigt wurde. Ein beliebtes Mittel der Kapitalisten für willkürliche Preiserhöhungen! In Wirklichkeit hat ja das Gewerkschaftsmitglied gar nichts von dieser "Versicherung". Wollte man wirklich Sozialleistungen verbessern, dann könnte man ja ohne weiteres das bestehende Unterstützungsregulativ der Gewerkschaft den heutigen Gegebenheiten anpassen. Es scheint aber, daß die Bonzen eher die Absicht haben, einer kapitalistischen Versicherungsgesellschaft ein neues, gewinnbringendes Geschäft auf Kosten der Arbeiter zuzuschanzen...

In Wirklichkeit handelt es sich bei der Beitragserhöhung um eine ebensolche inflationäre Maßnahme wie bei den unzähligen Preis- und Tariferhöhungen, die uns jeden Tag überrollen! Beweis dafür ist, daß die neue Tabelle des ÖGB bereits einen Vorgriff bis zum Jahre 1974 enthält. Die von den Kapitalisten eingeplante künftige Geldentwertung wird schon jetzt vorweggenommen, indem man für die kommenden Jahre Beitragserhöhungen bis zu 30 Prozent gegenüber 1971 festlegt. Die Gewerkschaftsbosse sind also genau solche Hinaufnummerierer wie alle Kapitalisten.

Die ganze Berechnung des Gewerkschaftsbeitrages vom Brutto-Ist-Lohn wird von den Kollegen als ungerecht empfunden. Denn die Gewerkschaft hat ja mit den Unternehmern nur die kollektivvertraglichen Mindestlöhne ausgepackelt; wenn sich die Arbeiter innerbetrieblich bessere Löhne erkämpft haben, so geschah dies ohne die Gewerkschaft, oft sogar gegen ihren Willen!

Darum verlangen die Speditionsarbeiter mit aller Entschiedenheit eine gerechte Klarstellung des Begriffes "Beitragswahrheit". Sie meinen, daß der Gewerkschaftsbeitrag gerechterweise nur vom kollektivvertraglichen Mindestlohn berechnet werden darf!

Es muß doch endlich den Herrschaften ob in den Gewerkschaftssekretariaten klargemacht werden, daß sie bloß von unseren Beiträgen existieren, daß sie lediglich unseren Willen zu vollstrecken haben; andernfalls haben sie gar keine Existenzberechtigung!

Schluß mit dem Diktat der Gewerkschaftsbonzen!

Die Gewerkschaft müssen wir selbst sein, wir, die einfachen Mitglieder, wir die Beitragszahler!

Rätselhaftes China

„Hurra, mir sand entdeckt!" jubeln die schwarzen Mander in Roseggers humoriger Kolumbus-Geschichte. Heute, 1971, ließe der stoansteirische Heimatdichter wohl die „gelben Mander" jubeln. Die sind nämlich ebenfalls entdeckt – von Österreichs Journalisten. Schon bald nach der Aufnahme der Volksrepublik China in den UNO-Sicherheitsrat sprach es sich bis in die gutbürgerliche „Kurier"-Redaktionsstube herum, daß es in China weder von Ameisen noch von andern Ungeheuern wimmle, so daß ein mutiger Reporter die Chance habe, eine Reise ins geheimnisvolle Land der Mitte einigermaßen gesund und lebend zu überstehen. Auch die AZ, die „Zeitung, die sich was traut", beteiligte sich an der China-Expedition der österreichischen Journalisten.

So las man denn in den vergangenen Wochen zahlreiche Berichte über den unergründlichen Fernen Osten, und die Reporter, die sich was trauten, ließen durchblicken, daß China dem Europäer noch immer Schauriges und Schönes biete; zum Beispiel die Ming-Grüfte, den Besuch der (jetzt jedermann zugänglichen) „verbotenen Stadt" und das in den Museen ausgestellte Gold und Geschmeide der Kaiser. Womit die Sache allerdings wirklich rätselhaft wird, denn dieselben Journalisten haben zuvor jahrelang – wenn auch „ung'schauter", weil sie die Volksrepublik ja nur aus den Hongkonger Bassenagesprächen kannten – behauptet, die Rotgardisten hätten in revolutionärem Eifer längst alle Kulturdenkmäler Chinas zerstört und die chinesische Regierung habe die kaiserlichen Kleinodien gegen harte Devisen verklopft. Nun sind die Kunstschätze plötzlich wieder alle da, unbeschädigt und unverkäuflich. Mysteriöses China, unbegreifliches.

Aber der Österreicher von gestern liebt nicht nur Museen aller Art, sondern ist auch konsumorientiert. Deshalb klapperten die österreichischen Kuriere im Reich der Mitte auch die Warenhäuser ab, und einigermaßen überrascht vermerkten sie, daß ein Kilo Rindfleisch 12 Schilling kostet, ein Kilo Reis 10 bis 20 Groschen(!), ein Baumwollanzug 150 Schilling, eine wattierte Winterjacke 80 und eine Pelzmütze 20 Schilling. Wobei die gleiche Ware zum selben Preis nicht nur in den großen Städten, sondern auch im Laden der entferntesten Volkskommune zu haben ist.

Doch die Zeitungsleute fühlten sich neben dem Preistest auch zu einem Ehrlichkeitstest berufen. Absichtlich „vergaßen" sie in ihren Hotelzimmern allerlei Habseligkeiten, wurden in ihren heimlichen Hoffnungen jedoch enttäuscht, weil man ihnen die betreffenden Sachen, wenn nötig in einem eiligst beschafften Autobus, zum Bahnhof nachbrachte. Einschließlich weggeworfener leerer Keksdosen. Und schließlich folgte das Unfaßbarste, sozusagen der Tiefschlag für den von der Wiege bis zur Bahre an den Schmattes gewöhnten Mitteleuropäer. Die Chinesen, ob jung, ob alt, lehnen brüsk ein Trinkgeld ab, sie empfinden sowas als Beleidigung.

Tja, über derlei undurchschaubare fernöstliche Mystizismen kann man nur noch den Kopf schütteln. Und der unausgesprochene Gesamteindruck der Chinareise? Na ja, alles recht schön und gut. Aber ein Leben so ganz ohne das Salz der Trinkgeldmentalität und ohne den Pfeffer der Korruptionitis, also ohne die Würze des kapitalistischen Systems – ist denn das überhaupt noch lebenswert?



Die Negersklaven mußten gemeinsam mit den Haustieren ihres weißen Herrn in einer alten baufälligen Hütte wohnen...

Eine Geschichte aus Südafrika oder aus den Südstaaten der USA? Nein, ein Tatsachenbericht aus dem Süden von Wien!

Sklaverei '71

Als der frühere österreichische Botschafter in Kenia von Nairobi aus in die Heimat zurückkehrte, da stand er vor einem Problem. Seine Exzellenz besitzen nämlich ein standesgemäßes Anwesen in Bad Vöslau mit Garten, Gartenhäuschen, Hunden und sonstigem Drum und Dran. Aber die Dienstboten fehlten. Seiner Exzellenz blieb es nun nicht verborgen, daß in unseren Breitengraden die Arbeitskräfte leider rar sind, und daß heutzutage schon jeder Prolet für jedes bißchen Arbeit Kollektivvertragslohn und womöglich Anmeldung bei der Krankenkasse verlangt. Das war Seiner Exzellenz denn doch zuviel – man wird sich schließlich, nur weil man zufälligerweise ein besserer Mensch ist, vom Gesinde(l) nicht finanziell ausbeuten lassen, nicht wahr? Was aber machen? Sollten etwa der Herr Botschafter oder die Frau Gemahlin die ganze Schmutzarbeit gar selber tun? Gott sei Dank bewahrten eine exzellente Idee Seine Exzellenz vor solcher Erniedrigung.

Man ließ sich aus Kenia ein Ehepaar kommen. Junge Afrikaner, die fürs erste froh waren, Arbeit zu kriegen, und denen es nichts ausmachte, das verfallene Gartenhäuschen mit den Hunden des Botschafters zu teilen. Monatslohn für beide Personen: 700 Schilling, 6 Kilo Reis, 1 bis 2 Kilo Zucker und ein paar Kilo Erdäpfel. Ein Lohn also, der zwar verwöhnten mitteleuropäischen Ansprüchen nicht genügen würde, für den man sich von arbeitslosen Farbigen aber doch wohl etwas Dankbarkeit erwarten könnte. Doch undankbar, wie Gastarbeiter nun einmal sind, hatte die Afrikanerin nichts Besseres zu tun, als sich von ihrem Mann schwängern zu lassen. Später, hochschwanger, besaß sie die Frechheit, sich bei der Frau des Botschafters nach einer eventuellen Möglichkeit der Entbindung in einem Krankenhaus zu erkundigen. Na, da kam sie bei der Gnädigen aber schön an. Für Neger, erklärte ihr diese, sei ein Spital viel zu teuer, und außerdem solle sie sich in ihrem Zustand nicht mehr in der Öffentlichkeit blicken lassen.

So begab es sich also, daß das Neugeborene in einem Stall – man kann es auch Gartenhäuschen nennen – das Licht der Welt erblickte. Nur daß dieses Ereignis sich diesmal nicht in Bethlehem, sondern in Bad Vöslau abspielte, und daß auch keine drei Könige aus dem Morgenland ihre milden Gaben brachten. Von den Königen des Abendlandes gar nicht zu reden. Auch auf ärztlichen Beistand mußten Mutter und Kind verzichten.

Als nach weiteren sechs Wochen endlich die Presse von dem Skandal erfuhr, da reagierte sie bezeichnenderweise sehr behutsam. Die sonst so mutigen, unabhängigen, freien, demokratischen Reporter wagten es nicht einmal, den Namen des Botschafters zu nennen, und es rief niemand nach dem Richter, denn die Gefährdung menschlichen Lebens, die Unterlassung der gesetzlich vorgeschriebenen Krankenkassen-Anmeldung und die Verweigerung des ebenfalls gesetzlich festgelegten Mindestlohns sind offenbar Kavaliersdelikte. Und als kleiner Journalist läßt man überhaupt die Finger von solch heißen Sachen, denn „bessere" Menschen haben gute Beziehungen – auch zu Zeitungsherausgebern.

Selbst für den Rechtsstaat Österreich scheint der Fall kein Fall zu sein; bis heute hört man nichts von einer Gerichtsverhandlung. Doch das ist ebenfalls nichts Neues. Kläger, Staatsanwalt und Richter sind eben nur dann ein guteingespieltes Team, wenn's gegen eine Broschüre mit revolutionärem Inhalt geht.

„Die Gottesnadel" der chinesischen Ärzte

Unter obigen Titel erschien in der französischen Zeitung "Le Monde" der erstaunte Bericht aus Algier, der,mehr als es theoretische Abhandlungen zeigen können, beweist,was Menschen, die von den Ideen Mao Tsetungs beflügelt sind, leisten können. Nachstehend der nur unwesentlich gekürzte Bericht.

"Von einem Endes des Maghreb (Westteil Nordafrikas) bis zum anderen, hat sich ein Gerücht verbreitet. 'Die Gottesnadel' der Chinesen heilt. Von Algier, Constantine, vom Hochplateau Orans, von Marocco eilen Menschen aller Schichten nach Saida, Mescara, Relizane oder Medea.

In diesen kleinen Städten üben chinesische Ärzte, die einer der medizinischen Stationen angehören, die China nach Afrika entsandt hat, eine tausendjährige Kunst aus: Die Akupunktur.

Im Spital von Medea hat vor einem Jahr eine chinesische Arbeitsgruppe von 30 Mann eine multinationale Gruppe abgelöst, die aus bulgarischen, ägyptischen und französischen Ärzten bestand. Seit der Ankunft der chinesischen Ärzte in Medea hat sich die Zahl der Konsultationen vervierfacht, die der Operationen verdreifacht.

Tief in der Provinz liegt Medea nicht gerade günstig. Aber das "arabische Telefon" (Mundfunk würden wir sagen. A.d.R.) hatte bis hierher die Berichte von den Heilerfplgen der Chinesen, die diese in anderen Gebieten Algeriens erzielten, gebracht, sodaß sich die Einwohner von Medea nicht abwartend verhielten, als auch dort chinesische Ärzte den Dienst aufnahmen. In Medea wird nun ein Drittel der Kranken mit Akupunktur behandelt. Ungefähr 90 Prozent der Kranken, die von auswärts kommen, verlangen, daß man sie mit diesen biegsamen Nadeln, die aus einer Legierung von Silber und Stahl hergestellt werden, behandelt. Die 'Ting-Tsun-Tschi', eine neue Nadel, die während der Kulturrevolution herausgebracht wurde, gestattet eine Behandlung ohne jeden Schmerz. Wenn auch in zahlreichen Fällen die westlichen Methoden zu gleicher Zeit mit Methoden der traditionellen chinesischen Medizin angewendet werden, so schreiben die Algerier einige erstaunliche Heilerfolge, besonders bei rheumatischen Erkrankungen, ausschließlich der Akupunktur zu.

Man muß die chinesischen Ärzte bei der Arbeit gesehen haben, um sich eine Idee davon zu machen, mit welcher Hingabe sie die Kranken behandeln. Sie verbringen zwei Jahre in Algerien, ohne sich Urlaub zu nehmen. Nur Sonntags haben sie frei. Neben ihrer Arbeit im Spital, betreuen sie ländliche Sanitätsstellen und bilden Sanitäter aus.

In ganz Algerien, von den Behörden bis zum einfachen Mann auf der Straße, hört man nur Lobesworte über die chinesischen Ärzte und die Behörden forderten die algerischen Ärzte auf, sich an der Uneigennützigkeit und am Ernst der chinesischen Ärzte ein Beispiel zu nehmen. Diese Begeisterung steht ganz im Gegensatz zu der distanzierten Haltung gegenüber der medizinischen Hilfe anderer "kommunistischer" Länder (soll wohl besser heißen, von Revisionisten beherrschten Länder. A.d.R.)

Es scheint tatsächlich vollkommene Eintracht zwischen chinesischen und algerischen Sanitätspersonal zu herrschen. Und es hat die algerische Regierung beschlossen, drei weitere Spitäler den chinesischen Ärzten anzuvertrauen, die ihren Personalstand von 85 auf 145 erhöhen werden."

Kriegsdrohung gegen China

Sonntag, den 5. Dezember, veröffentlichte die russische Nachrichtenagentur TASS eine "Erklärung", zu der sie, wie es hieß, offiziell "bevollmächtigt worden" sei. Darin wird betont,daß die UdSSR dem (von den Sozialimperialisten selbst angestifteten und in jeder Weise unterstützten! - D. Red.) indisch-pakistanischen Krieg "nicht gleichgültig gegenüberstehen" könne, weil die Ereignisse "in unmittelbarer Nähe der Grenzen der UdSSR vor sich gehen und folglich ihre Sicherheitsinteressen berühren". Gleichzeitig wird der pakistanischen Regierung "mit aller Bestimmtheit deutlich gemacht", daß sie die "Verantwortung" für ihren "gefährlichen Kurs" zu tragen haben würde. Darüber hinaus werden die "Regierungen aller Staaten" davor gewarnt, "Schritte" zu unternehmen, die sie "auf die eine oder andere Weise" in den Konflikt "verwickeln" könnten, was eine "weitere Komplizierung der Lage" nach sich ziehen würde.

Man muß diese "Erklärung" gründlich studieren. Dann sieht man nämlich, daß hier eine unverfrorene Kriegsdrohung im Stile Hitlers vorliegt!

1. Die russischen Renegaten sprechen von Vorgängen "in unmittelbarer Nähe der Grenze der UdSSR". Es handelt sich also nicht um Ostpakistan,das Tausende Kilometer von der Sowjetgrenze entfernt ist, sondern um Westpakistan. Nun hat in der Tat Indira Gandhi am 4. Dezember den offiziellen Kriegsbeginn verkündet, nachdem ihre Truppen am 3. Dezember Vorstöße über die Grenze zu Westpakistan unternommen hatten. (Die in der Nacht vom 3. auf den 4.Dezember erfolgten Gegenschläge der pakistanischen Luftwaffe gegen indische Militärflugplätze nannte sie dann willkürlich eine "Kriegserklärung" Pakistans.) Für die Sozialimperialisten war also nicht die seit 21. November im Gang befindliche Invasion Ostpakistans durch indische Verbände der Beginn des (von ihnen angeheizten) Aggressionskriegs, sondern erst der Zeitpunkt, als Delhi begann, Westpakistan zu attackieren!

2. Pakistan, das in seinen östlichen Landesteil von allen Seiten durch die indischen Aggressoren eingeschlossen und diesen um ein Mehrfaches unterlegen ist, wird "gewarnt", sich in seinem westlichen Landesteil gegen den Aggressor zur Wehr zu setzen, da dies ein "gefährlicher Kurs" wäre, der "die Sicherheitsinteressen" Moskaus angeblich bedrohen würde. Tags zuvor hatte die indische Regierung verkündet, daß sie die Waffenstillstandslinie von 1947 in Kaschmir nicht mehr anerkenne. Sie kündigte damit offen an, daß sie auch den nördlichen Teil Kaschmirs erobern will, nachdem sie bereits seit einem Vierteljahrhundert widerrechtlich (sogar entgegen wiederholten UNO-Beschlüssen) zwei Drittel von Kaschmir besetzt hält; und zwar unter Berufung auf eine "Willensäußerung" des ehemaligen Hindu-"Landesherren", aber gegen den durch jahrzehntelangen Widerstandskampf bekräftigten Willen der unterdrückten mohammedanischen Bevölkerung.

3. Die Sozialimperialisten mischen sich somit auf das unverschämteste direkt und offen in den Konflikt ein. Zugleich aber drohen sie anderen Staaten (und mit diesen ist logischerweise und nach übereinstimmender Meinung sämtlicher Kommentatoren China gemeint!) im Falle ihrer "Verwicklung" in diesen Konflikt ("auf die eine oder andere Weise", also vielleicht nur durch politische und materielle Unterstützung des Aggressionsopfers!) mit einer "weiteren Komplizierung" und "Zuspitzung" der Lage, d. h. mit einer Ausweitung der Kriegshandlungen! Doch im Gegensatz zur UdSSR, die immerhin durch einen Teil des Territoriums Afghanistans (u. z. den unwirtlichsten und unwegsamsten Teil des Hochlandes von Pamir) getrennt ist und an die niemand irgendwelche Gebietsansprüche stellt, sind hier tatsächlich die Sicherheitsinteressen des sozialistischen China bedroht! Die indischen Expansionisten haben bereits zweimal militärische Aggressionshandlungen gegen China an dessen Grenze zu Kaschmir verübt: 1959 und 1962. Das erste Mal mit deren direkter Unterstützung, indem die Kreml-Herren u.a. Aggressionshandlungen gegen das chinesische Sinkiang begingen ("Sinkiang ist nicht China", sagte damals frech der Revisionistenhäuptling Chruschtschow!) und Zehntausende Bewohner dieses Autonomen Gebiets der Volksrepublik China zur

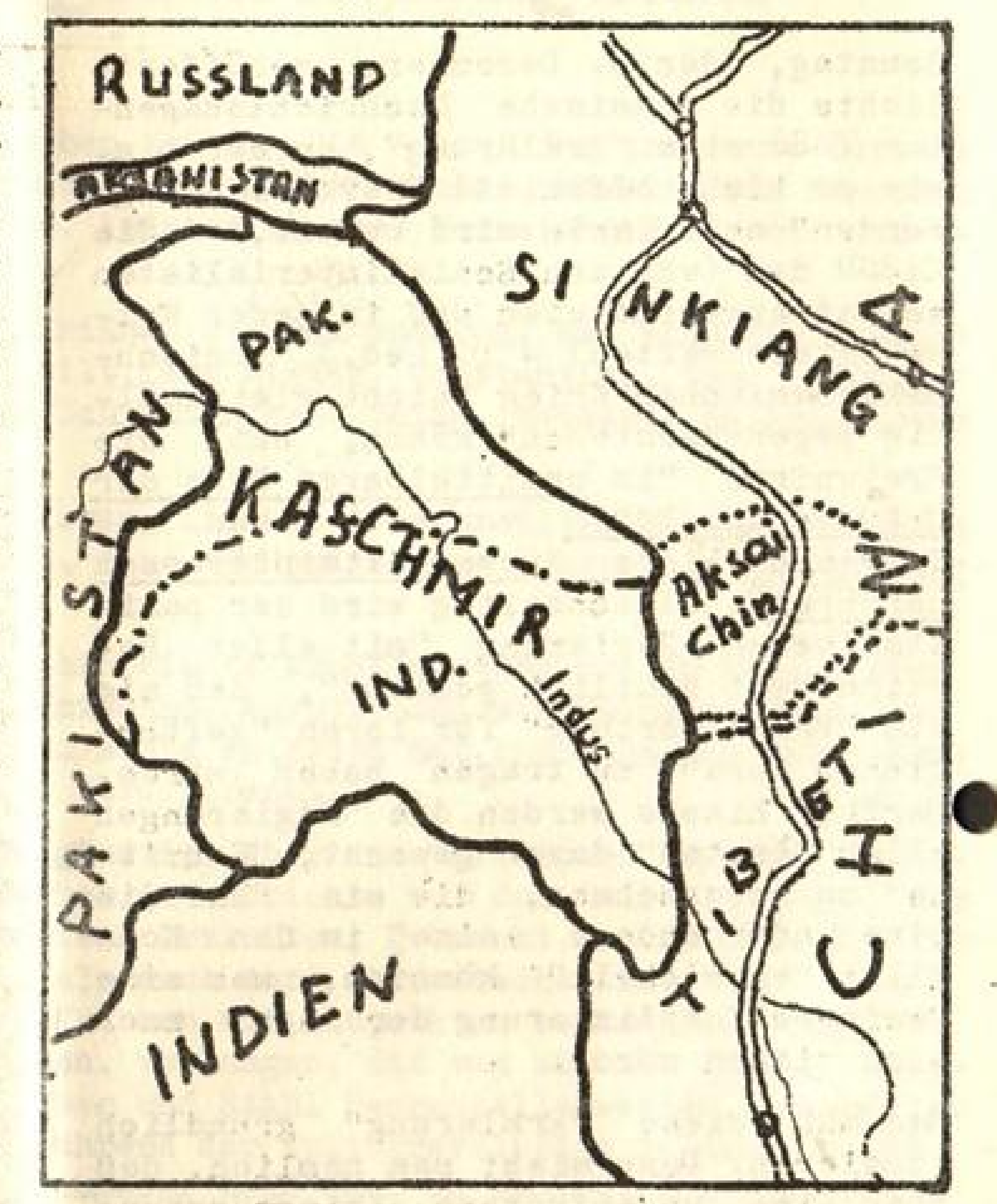
"Flucht" nach Sowjet-Mittelasien verleiteten.

Die indischen Expansionisten haben im Frühjahr 1959 einen mißglückten konterrevolutionären Aufstand der Sklavenhalter und Feudalherren in Tibet angezettelt und beherbergen eine sogenannte "Exilregierung" des Dalai-Lama (eine Vorläuferin der sogenannten "Bangla-Desch-Regierung"!). Sie halten große Landstriche Chinas (im südlichen Tibet) besetzt, die seinerzeit vom englischen Imperialismus annektiert worden sind. Sie widersetzen sich jeder friedlichen Regelung der chinesisch-indischen Grenzfrage. Als sie erfuhren, daß Mitte der 50er Jahre eine Verbindungsstraße zwischen Sinkiang und Tibet gebaut worden war, erhoben sie plötzlich Anspruch auf das chinesische Gebiet Aksai Chin im Süden Sinkiangs (siehe Kartenskizze), das niemals zu Indien gehört und nie einen indischen Beamten oder Soldaten gesehen hat. (Vgl. dazu "Für die Volksmacht" Nr. 50/1971.) Sollen sie jetzt im Auftrag ihrer Bundesgenossen abermals China bedrohen?

Für die russischen Sozialimperialisten ("Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat", wie Lenin sagte) geht es also gar nicht um irgendeine "Befreiung unterdrückter Bengalen", sondern einzig und allein um die Vorbereitung eines konterrevolutionären Krieges gegen Volks-China!

Wien, 7.12.1971

Kaschmir
und angrenzende Gebiete



——— Staatsgrenze und Grenze Kaschmirs
-.-.-. Waffenstillstandslinie in Kaschmir
- - - Provinzgrenzen in China
..... Grenzziehung der indischen Expansionisten
===== Autostraßen

Ein neuer Weltkrieg droht!

Stellungnahme der VRA und Aufforderung, gegen die Manipulation und Verwirrung der Massen zu kämpfen.

Wir wenden uns in ernster Stunde an alle Österreicher!
Ein neuer gefährlicher Kriegsbrandherd ist entstanden!

Die Armeen Indiens greifen nun schon zum dritten Mal seit seiner Unabhängigkeit die Mohammedaner Republik Pakistan an. Aber diesmal in einem wesentlich verstärkteren Maße und in breitester Front. Der Vielvölkerstaat Indien, der durch innere nationale Gegensätze zerrissen, der ständig in Kämpfen gegen rebellierende Minderheiten verwickelt ist, ein Staat, der durch seine herrschenden Feudalherren und Monopolkapitalisten bereits am Rande des Staatsbankrottes verwirtschaftet ist, der für seine Millionen buchstäblich verhungernden Arbeiter- und Bauernmassen, wenn sie verzweifelt rebellieren, nichts anderes übrig hat, als "blaue Bohnen", Gefängnisse und Konzentrationslager, dieser Staat also führt einen Eroberungskrieg gegen seinen Nachbarn, im Namen der Freiheit! Man fühlt sich vom wesentlich kleineren Nachbarland "bedroht"! Man muß den unterdrückten Volksgenossen in Ostpakistan "unbedingt" zu Hilfe eilen...

Haben wir das nicht alles hier schon einmal so ähnlich erlebt? Hat nicht einmal ein gewisser Hitler dem deutschen Volk zur "Arbeitsbeschaffung" den Schießprügel in die Hand gedrückt und ihm erklärt, man müsse unbedingt Österreich "heim ins Reich" führen, die emigrierten Nazi in der "österreichischen Legion" drängten so darauf? Mußte man nicht unbedingt auf Hitlers Befehl den "deutschen Volksgenossen" in der CRS und später in Polen zu Hilfe eilen? Man fühlte sich bedroht und war gezwungen, zurückzuschießen...

Nicht anders läuft der Raubkrieg Indiens gegen Pakistan ab und wie damals droht ein neuer Weltbrand. Diesmal aus folgendem Grund: Das auf so schwachen Beinen stehende feudal-kapitalistische System Indiens ist schon seit Jahren zum Spielball der imperialistischen Mächte geworden. Dieses Indien hat mit der Sowjetunion als gemeinsamen Nachbarn das sozialistische, revolutionäre China. Seit die herrschende Clique in Moskau den Sozialismus und die Revolution verraten hat, fürchtet diese Clique, genau wie die herrschenden Cliquen Indiens, das immer größer werdende Prestige, die immer stärkere politische Ausstrahlung des von den Ideen Mao Tsetungs geleiteten 800-Millionen-Volkes Chinas wie die Pest. Was lag und liegt näher, als mit den Herrschenden Indiens gemeinsame Sache zu machen. So wurde zynisch und planmäßig der Überfall auf Pakistan vorbereitet und durchgeführt. Auf ein Land, das seit eh und je Raubziel der Herrschenden Indiens war und das seit einiger Zeit die Sünde begeht, freundschaftliche Beziehungen zu China zu pflegen, um so seine Unabhängigkeit abzusichern. Und so gibt man den hungernden Indiens statt Reis eine Waffe, damit sie letzten Endes als antichinesisches Kanonenfutter verheizt werden, im Interesse der russischen Imperialisten und nicht nur dieser.

Die US-Imperialisten und das gesamte kapitalistische Weltestablishment vergießen Krokodilstränen über das Schicksal Ostpakistan und reiben sich vergnügt die Hände, weil Indien und sein "großer Freund",Rußland, ihnen die Dreckarbeit gegen China abgenommen hat.

China selbst hat in der UNO und sonst in der Öffentlichkeit gegen diese Aggression, die letzten Endes seine Sicherheit bedroht, Stellung genommen und wird sicherlich die herrschenden Klassen Indiens dringlichst davor warnen, diesen abenteuerlichen Raubzug fortzusetzen, der nur mit einer Katastrophe für diese enden könnte.

Ob die Stimme Chinas, ob die Stimme der Vernunft noch rechtzeitig gehört werden wird, hängt im hohen Maße von der Wachsamkeit aller Völker der Welt, also auch des österreichischen Volkes ab. Es ist natürlich klar, daß die österreichische Bourgeoisie, dieser pflichteifrige Lakai aller Imperialisten in Ost und West, ihre "öffentliche Meinung" im Dienste des "Bangla-Desch" (wie die Inder Ostpakistan umgetauft haben) gestellt hat, wobei man